

18. SEP. 1962

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

E/XVII/190

Bonn, den 18. September 1962

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeiler:
2	Der Rückzug nach Bonn Warum Strauss Verteidigungsminister blieb	65
2a	Grewé Was hat er wirklich gesagt?	35
4	Unsere Verpflichtung Eine Offensive für das Menschenrecht Von Senator Klaus Schütz	69
5	Kopf an Kopfnasen Die Wehlausichten in Schleswig-Holstein	48
6	Hoher Gast aus Israel Ben Gurion über Bonn: Wir laufen niemandem nach Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Ræsten	52

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Der Rückzug nach Bonn

Warum Strauss Verteidigungsminister blieb

ap - "Ich bin weiß Gott nicht der Meinung, daß ich als Bundesverteidigungsminister unersetzlich bin. Meine Intelligenz wird aber geringer eingeschätzt als mein Ehrgeiz. Die Diskussion über meinen künftigen politischen Weg war für mich nicht leicht. Ich konnte mich schließlich nicht anders entscheiden."

Mit und in diesen vier Sätzen, gesprochen zum Abschluß des zweitägigen Finish des dreimonatigen "Ringens" um die Frage "Bonn oder München?", hat Franz Josef Strauss sich selbst besser und schonungsloser charakterisiert, als es irgendjemand anderer könnte. Diese vier Sätze geben aber auch eine schlüssige Erklärung für die Tatsache, daß Strauss seit Jahren an der untersten Grenze der Testlinie für die Popularität der westdeutschen Politiker liegt. Waldemar von Knoeringer, Bayerns kluger SPD-Landesvorsitzender, hat Strauss einmal eine "negative Symbolfigur" genannt, und er hat erst noch am letzten Wochenende davon gesprochen, daß Strauss als CSU-Bewerber für das Amt des bayerischen Regierungschefs die größte Wahlbelastung für die CSU selbst sein würde.

Dieser Sorge ist die CSU zunächst einmal enttoben. Der Versuch des derzeitigen CSU-Landesvorsitzenden Strauss, mit Hilfe seiner ergebenen Parteifreunde nach der "Krone Bayerns" zu greifen, ist vorerst mißlungen. Die Voraussetzungs-Verpflichtung, die von den CSU-Führungsgremien übernommen werden und die ihm die Garantie einer hundertprozent sicheren Wahl als Bayern-Ministerpräsident bringen sollte, blieben aus und mußte nach der Lage in der CSU auch ausbleiben. "Noch heute früh war ich entschlossen, das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten anzunehmen, wenn meine Partei einstimmig ja dazu sagt." Diese Gottesgnaßen-Geste der Entschlossenheit, das Amt des Bayern-Regierungschefs "anzunehmen", wurde aber nicht honoriert, und sie konnte auch nicht honoriert werden. Der unerbittliche Strauss-Gegenspieler, Dr. Dr. Alois Hundhammer, CSU-Landwirtschaftsminister, CSU-Vorsitzender in Oberbayern und Chef des konservativ-katholischen "Petra-Kreises", hatte im voraus warnend erklärt, daß die neue, in den Novemberwahlen gekür-

te CSU-Landtagsfraktion das letzte Wort haben würde; die alte Landtagsfraktion hatte am Sonntagabend ihr "letztes Wort" wohlweislich dem Landesvorstand überlassen. Und dort war die Garantie einer sicheren Ministerpräsidentenwahl nicht zu erhalten.

Die mehrheitliche Entscheidung des CSU-Landesvorstandes, den derzeitigen Innenminister Goppel (58) als neuen CSU-Ministerpräsidenten in Aussicht zu nehmen, ist der von Kennern der internen CSU-Lage erwartete Ausweg auf einen Kompromißkandidaten, der, etwa als liberaler Kolpingmann zu beschreiben, von allen Lagern und Flügeln der CSU toleriert wird. Mag sein, daß Strauss den in der übrigen Bundesrepublik weitgehend unbekanntem Goppel als eine Art Mandatskelfer ansieht, der dann, wenn für Strauss nach sechs Jahren Bundesverteidigungsministerstätigkeit das verflixte siebente Jahr doch zu anstrengend und anervierend werden sollte, seinem Freunde Franz Josef den Platz freimacht.

Bayerische Politiker, die Goppel besser kennen, sind anderer Meinung. Sie sagen, daß der sehr energische Mann, der im Charaktertyp dem CSU-Bundesinnenminister Höcherl ähnlich sei, seine Position auch gegen Strauss umso mehr zu verteidigen wisse, als ein Ministerpräsident Goppel schon bei der nächsten CSU-Vorstandswahl auch CSU-Vorsitzender werden und damit Strauss auf diesem für ihn so entscheidend wichtigen CSU-Parteigipfel ablösen würde.

Strauss, der das Drei-Monats-Ringen um die Quizfrage "Bonn oder München?" mit allen Managements-Raffinessen auch zur dringend notwendigen Aufwertung seiner so erheblich angeschlagenen Reputation benutzte, wird also seines Vier-Wochen-Urlaubs im Hause seiner Frau im südfranzösischen Playboy-Bad St. Tropez nicht übermäßig froh werden. Über diese Tristesse werden ihm auch die Befriedigungs-Erklärungen seines Presso-Chefsten Schrückerle, der eines Alparuckes ledig ist, und der Jubel der Boulevardpresse ("Strauss ist in Bonn unentbehrlich") kaum hinwegheifen. Es sollte doch alles so ganz anders werden, wenn man seinen Worten vertrauen darf: "Ich glaube, sechs Jahre Verteidigungsminister sind genug! Ich brauche endlich ein ruhigeres Dasein und ein bißchen christliches Familienleben!". Und das hat ihm seine CSU nicht gegönnt.

Grewe

sp - Nun ist alles nicht wahr, was Botschafter Grewe im Augenblick seines Abschieds von Washington an bitteren Anklagen gegen die "Eierköpfe" aus der Umgebung des Präsidenten Kennedy gerichtet haben soll. Er, der Botschafter Grewe, wäre, so versicherte der Sprecher der Bundesregierung, vor dem schallenden Gelächter der Bonner Pressekonferenz, wirklich mißverstanden worden. Die Nachrichtenagenturen hätten ihn falsch interpretiert und Äußerungen wiedergegeben, die in dieser Form nicht gefallen seien. Damit wäre dies Kapitel abgeschlossen. Grewe wird nun, unbeschwert von dem in Washington aufgewirbelten Staub, als deutscher Botschafter bei der NATO nach Paris überwechseln.

Ist dieses Kapitel wirklich abgeschlossen? Dem Bundesbürger beschleicht ein ungutes Gefühl, er hat schlechte Erfahrungen mit der Bonner Dementiermaschine und schätzt sie nicht hoch ein. So leicht läßt sich diese Affäre nicht aus der Welt schaffen, zumal eine Untersuchung über begangene und wohlgezielte Indiskretionen aus den Verhandlungen des Botschafterberater-Ausschusses läuft.

Was hat denn Herr Grewe wirklich gesagt? Bevor nicht eine authentische und überzeugende Klarstellung erfolgt, empfiehlt sich nicht seine Bestellung als Botschafter bei der NATO. Blicke auch nur der Schatten eines Verdachts gerechtfertigt, und würde auch nur ein Teil dessen bestätigt, was die Nachrichtenagentur an Weisheit und Erkenntnissen Grewes zu berichten wußte, dann hätte sich dieser Mann als Diplomat für alle Zeiten unmöglich gemacht. Diese Angelegenheit dürfte noch den Auswärtigen Ausschuss des Bundestages beschäftigen. Als deutscher Botschafter bei der NATO kann nur eine Persönlichkeit entsandt werden, die mit der stärksten Führungsmacht des Westens, eben den Vereinigten Staaten, in einem über jeden Zweifel erhabenen guten Verhältnis steht. Im Fall Grewe fehlt, ohne nicht alles schonklar zutage tritt, diese Gewissheit.

+ + +

Unsere Verpflichtung

Von Senator Klaus Schütz

Die Deutschen in der Bundesrepublik dürfen in einem Staat leben, in dem Freiheit und Menschenrechte selbstverständlich sind. Das ist nicht nur ein Grund, froh und stolz zu sein. Das ist vielmehr eine Verpflichtung. Es müssen Leid und Not bewußt gehalten werden, die die Berliner Seandmauer und das Ulbrichtsche Terrorssystem für unser ganzes Volk bedeuten. Die Deutschen in der Bundesrepublik müssen für alle Deutschen in Ost und West sprechen.

Das war der Grund zu einer besonderen Initiative der beiden großen Parteien in Berlin. Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen sollte - so die Forderung derer, die in Berlin an Ort und Stelle Verantwortung tragen - mit der kommunistischen Verhöhnung der Menschenrechte an der Mauer befaßt werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hatte es gefordert. Die Berliner CDU hatte sich ihr angeschlossen. Am 18. August 1962 - einer Tag, nachdem der Ostberliner Bauarbeiter Peter Fechter an der Mauer verblutet war - hielt sie den Zeitpunkt "unvermeidlich" für gekommen, "daß die Menschenrechtskommission diese Mißhandlung der Menschenrechte aufgreift". Die Berliner waren sich also einig.

Dabei hatte sich niemand Illusionen gemacht. So wird die Mauer nicht beseitigt. Aber es galt und es gilt - Herbert Wehner hat es kürzlich ausgedrückt -, "die ganze Weltöffentlichkeit auf die Untaten des Ulbricht-Regimes aufmerksam zu machen, damit es bei entsprechend guter Vorbereitung zu einer Verurteilung des Regimes käme und die Verantwortlichkeit der Sowjetunion festgestellt werden könnte".

Die Bundesregierung hat es abgelehnt, der Berliner Forderung zu folgen. Ihre Gründe können nicht befriedigen. Nur: die Entscheidung der Regierung ist verbindlich. Sie entbindet aber niemand von der Verpflichtung, weiter nach Formen zu suchen, um die Menschenrechtsverletzungen an aller Welt anzuklagen. Unsere Aufgabe bleibt. Niemand kann und darf sich ihr entziehen.

Der Regierende Bürgermeister hat zu einer Offensive in der Frage der Menschenrechte aufgerufen. Wir müßten weg von einer "rein defensiven

Haltung", wenn es um die Behandlung der unmenschlichen Auswirkungen der Spaltung Berlins und Deutschlands vor dem Forum der Vereinten Nationen geht. Aus dieser Grundhaltung hat Willy Brandt angeregt, eine Sonderkommission der Vereinten Nationen solle mit Feststellungen und Erörterungen zu diesem Problem beauftragt werden.

Das ist kein neuer Vorschlag. Und das wäre auch kein neues Verfahren. Derartige Sonderkommissionen der Vereinten Nationen hat es schon gegeben. So hat sich beispielsweise jahrelang eine Kommission mit dem Schicksal der japanischen, italienischen und deutschen Kriegsgefangenen beschäftigt. Weder die japanische, die italienische noch die deutsche Frage wurden dadurch "gelöst". Um die Lösung weltpolitischer Machtprobleme ging und geht es dabei überhaupt nicht.

Genau wie dieser Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters nichts mit Vorstellungen zu tun hat, den Vereinten Nationen die Lösung der Deutschland- oder der Berlin-Frage zu überlassen. Es geht einzig und allein darum, die menschliche Not und das millionenfache Leid einzelner zu lindern. Gerade darum geht es heute denen, die im Schatten der Mauer leben müssen. Und darum muß es denen gehen, die in diesem Schatten politische Verantwortung tragen.

Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin hat heute viele Freunde in der Welt. Viele sind bereit, das Unrecht an der Mauer, das Unrecht in Ostberlin und in der Zone in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen. Sie fühlen sich um dieser Freundschaft willen dazu verpflichtet. Wir sollten sie nicht hindern. Wir sollten sie ermutern.

Die Weltöffentlichkeit muß ständig und immer wieder mit der Zerschlagung der Menschenrechte in unserem Land beschäftigt werden. Die Worte an der unerträglichen Mauer dürfen nicht schweigend hingenommen werden. Jeder muß es fordern: Ulbrichts Schießbefehl muß weg.

Die freien Deutschen müssen anklagen. Sie dürfen nicht müde werden. Selbstzufriedenheit darf es nicht geben. Hier kann niemand "genug" getan haben. Hier gibt es immer noch mehr zu tun.

Aus Feigheit oder Bequemlichkeit Unrecht schweigend hinzunehmen, das ist eine Haltung, die unserem Volk während der Nazizeit vorgeworfen wurde. Das ist eine Haltung, die es nicht wieder geben darf. Die Berliner haben sich jenseits aller Parteigrenzen verpflichtet; Diese Haltung wird es nie wieder geben.

Kopf an Kopfkrennen

sp - In dieser Woche erlebt der schleswig-holsteinische Landtagswahlkampf seinen letzten Höhepunkt. Alle Prognosen, Berechnungen und Befragungen sagen voraus, daß es am Wahltag, dem 23. September, ein hartes Kopf an Kopfkrennen der beiden großen Parteien CDU und SPD geben wird.

Daneben ist die Frage, ob die Freien Demokraten und die Gesamtdeutsche Partei wieder in den Landtag kommen werden. Die Freien Demokraten betreiben eine Wahlwerbung, wie sie nach dem Krieg im Norden der Bundesrepublik noch nicht beobachtet worden ist. Die Gesamtdeutsche Partei hat elf Minister und Staatssekretäre in den Wahlkampf geschickt. Dennoch wird vorausgesagt, daß die beiden großen Parteien mindestens je 30 der 69 Sitze oder etwa 42 Prozent der Stimmen erhalten werden.

In Schleswig-Holstein besteht die Fünf-Prozent-Klausel. Die Gesamtdeutsche Partei erreichte diese Klausel bei der Bundestagswahl im September 1961 und bei den letzten Kommunalwahlen nicht. Wird sie es diesmal schaffen? Von 1950 bis 1958 war sie als BEZ der Koalitionspartner der CDU. Während dieser Zeit sank ihre Mandatszahl im Landtag von 15 auf fünf. Durch einen Übertritt zur CDU ist ihre Zahl jetzt auf vier reduziert.

Bei den Freien Demokraten geht es darum, ob sie sich vom Rückschlag der Düsseldorfer Landtagswahl erholen wird. Die FDP koalitiert seit 1950 ununterbrochen mit der CDU. Ihre Mandatszahl fiel von acht auf gegenwärtig drei Mandate. Bei der Bundestagswahl 1953 lag die FDP schon einmal unter der Fünf-Prozent-Sperrklausel, zog aber bei der Bundestagswahl 1961 auf 13,8 Prozent an, um bei der letzten Kommunalwahl wieder auf 10,7 Prozent zurückzufallen. Falls die FDP wieder in den Landtag kommt, wird sie das Zünglein an der Waage in der Koalitionsmathematik sein.

Die Partei der dänischen Minderheit, der Südschleswiger Wählerverband (SSW), der nur im Landesteil Schleswig auftritt, war 1947 einmal mit sechs Abgeordneten im Landtag vertreten. Zur Zeit hat er zwei Mandate. Trotz der Befreiung von jeglichen Sperrklauseln (als Partei der nationalen Minderheit) ist es fraglich, ob die Partei wieder zwei Sitze durchbringt. Ein Mandat dürfte ihr jedoch sicher sein.

Die beiden auch bisher nicht im Landtag vertretenen Splitterparteien Deutsche Friedensunion und Deutsche Gemeinschaft, die sich bei der Wahl ferner bewerben, dürften nicht die geringste Chance haben.

Vor dem Hintergrund des Kopf an Kopfkrennens der beiden großen Parteien CDU und SPD ist der Rückgang der CDU und der Anstieg der SPD in den zurückliegenden Jahren bemerkenswert. In der Zeit nach 1950 hatte die SPD einmal mit 26,5 Prozent ihren niedrigsten Stand. Sie hat aber ständig aufgeholt und bei der letzten Kommunalwahl 38,3 Prozent erreicht. Der CDU war es seit 1950 möglich, bis zu 48,1 Prozent anzuziehen. Bei der letzten Wahl brachte es die Partei nur noch auf 42,3 Prozent.

Das Wahlergebnis wird am 23. September gegen Mitternacht erwartet. Bei der Wahl vor vier Jahren erhielten CDU 33, SPD 26, FDP fünf, FDP drei und SSW zwei Sitze.

Hoher Gast aus Israel

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Noch nie wurde in den nordischen Ländern einem ausländischen Staatsmann so viel Herzlichkeit, menschliche Wärme und Bewunderung erwiesen, wie dem Ministerpräsidenten Israels, dem 77jährigen David Ben Gurion, der nach einem Besuch in Schweden, Norwegen, Finnland und Dänemark kurzweiliger Rundreise mit einem Aufenthalt in Island beendete. Überall hat seine Persönlichkeit einen tiefen Eindruck hinterlassen. Die nordische Bevölkerung versteht etwas von der inneren Kraft, die Ben Gurion beim Aufbau des Staates Israel leitet und die ihn ständig vorwärts treibt, um aus diesem Stück Erde ein modernes Land zu schaffen.

In Kopenhagen nahm Ben Gurion auch zu dem Verhältnis zwischen Israel und der Bundesrepublik Stellung. Er würdigte die Erfüllung des vor zehn Jahren abgeschlossenen Wiedergutmachungsvertrages und betonte, die Deutschen hätten ihre vertraglichen Verpflichtungen sehr korrekt und fair erfüllt. Auf die Frage, ob es nicht an der Zeit sei, daß Bonn die ausgestreckte Hand Israels ergreife und diplomatische Beziehungen mit der israelischen Regierung aufnehme, antwortete Ben Gurion:

"Wenn ein Staat sich aus irgendwelchen Gründen außerstande sieht, diplomatische Beziehungen zu Israel anzuknüpfen, dann können wir warten. Wir Juden sind ein geduldiges Volk. Wenn wir auch unter Umständen sehr rasch handeln können, haben wir auch die Gabe, uns auf äußerliche Notwendigkeiten einzurichten. Wir haben auf Nehru gewartet, der unmittelbar nach der Unabhängigkeit Indiens versprach, mit Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen, aber erst kürzlich seine Zusage verwirklichte. Wir sind ihm nicht nachgelaufen und wenn die Deutschen, augenscheinlich aus Furcht vor unfreundlichen Reaktionen aus arabischen Ländern, es noch nicht über sich bringen können, diplomatische Beziehungen zu uns aufzunehmen, werden wir auch ihnen nicht nachlaufen. Wir haben Zeit. Wir können warten."

Während des Krieges ist es der finnischen Regierung gelungen, die Juden Finnlands vor der Deportation nach Deutschland zu bewahren. Anders erging es den 1200 Juden Norwegens, die bis auf wenige deportiert und umgebracht wurden. Schweden öffnete schon 1933 seine Grenzen und rettete so Tausende von europäischen Juden. Als in Dänemark im Oktober 1943 die Jagd auf die Juden begann, wurden von den 6 500 dänischen Juden fast 6 000 von dänischen Widerstandskämpfern mit Fischerbooten über den Öresund nach Schweden gebracht, und 90 Prozent der von der Gestapo aus Theresienstadt verschleppten Juden kamen dank des schwedischen Hilfseinsatzes nach Kriegsende zurück.

Während des Besuches Ben Gurions in Dänemark entzündete sich die Diskussion an der Frage, wie viele Juden Israel aufnehmen könne, und ob sämtliche Juden der Welt nach Israel auswandern sollten. Ben Gurion wiederholte seine These, nur in Israel könne ein Jude ganz und vollkommen leben, und obwohl beispielsweise die Juden in Dänemark unter guten Verhältnissen lebten, würde er sich "auch für Gold" dort nicht niederlassen.

Ben Gurion verkennt nicht die Schwierigkeiten, die in der geographischen Lage des Landes liegen, um sämtliche Juden in Israel aufzunehmen. Es ist aber nach seiner Meinung möglich, Arbeit und Wohnungen für weitere zwei bis drei Millionen Juden zu beschaffen, damit die Einwohnerzahl Israels in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren auf etwa fünf Millionen anwachse.